



**Geschäftsführung
Ausschuss Allgemeine Verwaltung
und Rechtsfragen / Vergabe /
Internationales**

Frau Stiens

Telefon: (0221) 22125001

Fax: (0221) 22126565

E-Mail: verena.stiens@stadt-koeln.de

Datum: 18.12.2012

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales** in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 05.11.2012, 15:30 Uhr bis 17:20 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Winrich Granitzka CDU

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Henk Benthem van CDU

Herr Karel Schiele pro Köln

Herr Horst Thelen GRÜNE

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Polina Frebel SPD

Frau Inge Halberstadt-Kausch SPD

Frau Monika Möller SPD

Frau Susana dos Santos Herrmann SPD

Frau Gisela Manderla CDU

Herr Werner Marx CDU

Frau Brigitta Bülow von GRÜNE

Herr Manfred Richter GRÜNE

Herr Volker Görzel FDP

**Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung
Nordrhein-Westfalen**

Herr Jörg Detjen DIE LINKE.

(bis 16.45 Uhr)

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Dr. Heinz Dieter Klein	auf Vorschlag der SPD	
Frau Iris Koppmann	auf Vorschlag der SPD	(ab 15.45 Uhr)
Herr Axel Hopf auf	auf Vorschlag der CDU	
Herr Julius Knappertsbusch	auf Vorschlag der CDU	(ab 16.05 Uhr)
Herr Franz Hess	auf Vorschlag der GRÜNEN	
Herr Ralf Klemm	GRÜNE	
Herr Michael Kühle	FDP-Fraktion (auf Vorschlag der Grünen)	
Herr Rudolf Schaefers	PRO KÖLN	
Herr Nijat Bakis		

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Adelheid Langes	Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft
----------------------	-----------------------------------

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Ralph Elster	CDU
Herr Andreas Wolter	GRÜNE
Herr Frank Maul	PRO KÖLN

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Oliver Krems	SPD
Frau Katharina Roy-Seuren	auf Vorschlag der CDU
Herr Rüdiger Dröger	FDP

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Markus Danuser	KLuST e.V.
Frau Filiz Kalaman	

Herr Granitzka begrüßt die Anwesenden und bittet zunächst um Beachtung, dass die nächste reguläre Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales am 10.12.2012 aufgrund einer Terminkollision mit einer Sitzung des Hauptausschusses um eine Stunde auf 14.30 Uhr vorverlegt wurde.

Herr Granitzka heißt darüber hinaus drei neue Mitglieder im Ausschuss herzlich willkommen. Er teilt mit, dass in der letzten Sitzung des Rates Frau Halberstadt-Kausch in Nachfolge für Herrn Neubert für die SPD in den Ausschuss gewählt wurde und ergänzt, dass der zweite stellvertretende Ausschussvorsitz nun auch offiziell von Frau dos Santos Herrmann übernommen wird.

Er informiert weiterhin, dass Herr Dr. Welpmann als Mitglied in den

Rechnungsprüfungsausschuss gewählt wurde und seinen Platz im Ausschuss ab sofort Herr Richter einnimmt.

Herr Granitzka verpflichtet zudem Herrn Nijat Bakis nach § 5 der Hauptsatzung als neuen Sachkundigen Einwohner des Ausschusses.

Anschließend trägt Herr Granitzka die Vorschläge der Verwaltung zur Aufnahme in bzw. Absetzung von der Tagesordnung vor:

I. Öffentlicher Teil

- 1.1 Beantwortung einer gemeinsamen Anfrage der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen sowie einer ergänzenden Nachfrage von Frau Manderla vom 10.09.2012
Frauenförderpläne (FFP) in städtischen und stadtnahen Gesellschaften (AN/1534/2012)
3806/2012
- 3.2 Beantwortung einer Anfrage der FDP Fraktion vom 10.09.2012
Sachstand der Berichtsveröffentlichung "Sicherheitsgefühl der Kölner Bevölkerung" (AN/1415/2012)
3722/2012
- 4.8 Erprobungsraum Rheinland für innovative, vernetzte Verwaltung
3800/2012
- 4.9 Unterbringungssituation von Flüchtlingen in Köln
3788/2012
- 5.2 Kompetenzzentrum Geschäftsprozessoptimierung – Bericht 2012
3730/2012
- 6.1.1 Beantwortung einer Anfrage der FDP-Fraktion vom 04.09.2012
Illegale Nutzungen städt. Flächen - AN 1498/2012
3789/2012
- 6.2.1 Beantwortung einer Anfrage der CDU-Fraktion vom 10.10.2012
Anordnung von Betriebsferien für die Zeit zwischen Weihnachten und Silvester
3681/2012
- 6.3.1 Beantwortung einer Anfrage der CDU-Fraktion vom 10.10.2012
Schutz der städtischen Bediensteten vor Übergriffen
3694/2012
- 10.1 Errichtung einer dreizügigen Sekundarschule Rochusstraße in Köln-Bickendorf zum Schuljahr 2013/14
0921/2012
zurückgezogen
- 10.2 Verweis aus dem Rat vom 20.09.2012
Konzept zur Entwicklung eines nachhaltigen Toilettenangebotes im Kölner

Stadtgebiet
sowie Umsetzung erster Maßnahmen bis zum 31.12.2014
2665/2012
zurückgezogen

- 10.4 Feststellung des Wirtschaftsplanes der Beihilfekasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2013
3298/2012
- 10.5 Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes für das Wirtschaftsjahr 2011 der Beihilfekasse
3386/2012
- 10.6 Ausschreibung Rahmenvertrag Catering mit Service im Rathaus
3352/2012
- 10.7 Einsatz von Fondmanagern für die Immobilienanlage bei der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln
3515/2012

II. Nichtöffentlicher Teil

- 12.2 Zwei Mentoring-Programme für Frauen und die Erfolge
3760/2012
- 16.5 Einleitung eines Vergabeverfahrens zum Abschluss eines Vertrages über die Unterhaltsreinigung in den Objekten Museum Bischofsgartenstr. (Museum Ludwig) und Museum Am Hof (Artothek) in 50667 Köln
3510/2012
- 16.6 Einleitung eines Vergabeverfahrens zum Abschluss von Verträgen über die Unterhalts-, Grund- und Feuchtreinigung in insgesamt 28 Objekten (Verwaltungsgebäuden, Schulen, Kindertagesstätten, etc.) -Paket 4-
3616/2012
- 16.7 Vereinbarung mit der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn (Universität Bonn) zur Übernahme des Telefonservices durch das Call-Center der Stadt Köln
3024/2012

Frau von Bülow meldet Beratungsbedarf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu TOP 1.1 an und schlägt vor, die Behandlung der Vorlage zu vertagen.

Aufgrund der späten Vorlage der Beantwortung unter TOP 6.3.1 regt Herr Granitzka an, diese ebenfalls in die nächste Sitzungsfolge zu schieben.

Der Ausschuss ist mit der folgenden Tagesordnung einverstanden:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Vortrag zur Mitarbeiterzufriedenheit beim Call-Center
Referenten: Herr Schmidt, Herr Dipl.-Psychologe Zimmermann-Höreth

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

- 1.1 Beantwortung einer gemeinsamen Anfrage der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen sowie einer ergänzenden Nachfrage von Frau Manderla vom 10.09.2012
Frauenförderpläne (FFP) in städtischen und stadtnahen Gesellschaften
(AN/1534/2012)
3806/2012

2 Internationales

3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

- 3.1 Beantwortung einer Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 03.09.2012 zu "Flüchtlinge in Köln"
3699/2012
- 3.2 Beantwortung einer Anfrage der FDP Fraktion vom 10.09.2012
Sachstand der Berichtsveröffentlichung "Sicherheitsgefühl der Kölner Bevölkerung"
(AN/1415/2012)
3722/2012

4 Mitteilungen der Verwaltung

- 4.1 Beschluss des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales am 28.03.2011 und des Rates vom 15.05.2012
hier: Zusetzung von Einsatzkräften bei der Kölner Polizei
3194/2012
- 4.2 Konsolidierungsmaßnahmen Personal durch Verzicht auf die Ausbildung in markt-gängigen Berufen und den Abbau von Overhead bei bürgerfernen Diensten
3188/2012
- 4.3 Verweis aus dem Rechnungsprüfungsausschuss vom 30.08.2012
Auswirkungen der Vergabeerleichterungen auf die Beschaffung von Bauleistungen

und freiberuflichen Leistungen bei den Bauvorhaben des Bundes anlässlich der Umsetzung des Konjunkturpaketes II
2270/2012

4.4 Sachstandsbericht zur Kommunalisierung der Versorgungsverwaltung
2658/2012

4.5 StadtLabor für Kunst im öffentlichen Raum
hier: Der Urbane Kongress (Teil 2): Die Umsetzung
2663/2012

4.6 Aktuelle Informationen zum Bleiberecht- September 2012
3611/2012

4.7 Heinrich-Böll-Platz; Kunstwerk Ma'alot
3540/2012

4.8 Erprobungsraum Rheinland für innovative, vernetzte Verwaltung
3800/2012

4.9 Unterbringungssituation von Flüchtlingen in Köln
3788/2012

5 Allgemeine Verwaltungsorganisation

5.1 Kompetenzzentrum Geschäftsprozessoptimierung - Sachstandsbericht für Projekte
2797/2012

5.2 Kompetenzzentrum Geschäftsprozessoptimierung – Bericht 2012
3730/2012

6 Schriftliche Anfragen

6.1 Anfrage der FDP-Fraktion vom 04.09.2012
Illegale Nutzung städtischer Flächen
AN/1498/2012

6.1.1 Beantwortung einer Anfrage der FDP-Fraktion vom 04.09.2012
Illegale Nutzungen städt. Flächen - AN 1498/2012
3789/2012

6.2 Anfrage der CDU-Fraktion vom 10.10.2012
Anordnung von Betriebsferien für die Zeit zwischen Weihnachten und Silvester
AN/1622/2012

6.2.1 Beantwortung einer Anfrage der CDU-Fraktion vom 10.10.2012
Anordnung von Betriebsferien für die Zeit zwischen Weihnachten und Silvester
3681/2012

6.3 Anfrage der CDU-Fraktion vom 10.10.2012
Schutz der städtischen Bediensteten vor Übergriffen
AN/1623/2012

6.3.1 Beantwortung einer Anfrage der CDU-Fraktion vom 10.10.2012
Schutz der städtischen Bediensteten vor Übergriffen
3694/2012

7 Mündliche Anfragen

7.1 Mündliche Nachfrage von Herrn Klein zu einer Autogrammstunde der Boygroup "One Direction" auf dem Gelände des Köln Mediapark GmnbH am 22.09.2012

7.2 Rückfrage von Frau von Bülow zu den das Dezernat I betreffenden Auswirkungen der von der Kämmerin ausgesprochenen Haushaltssperre

8 Anträge

9 Platzvergaben

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Errichtung einer dreizügigen Sekundarschule Rochusstraße in Köln-Bickendorf zum Schuljahr 2013/14
0921/2012

10.2 Verweis aus dem Rat vom 20.09.2012
Konzept zur Entwicklung eines nachhaltigen Toilettenangebotes im Kölner Stadtgebiet
sowie Umsetzung erster Maßnahmen bis zum 31.12.2014
2665/2012

10.3 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB)
Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage sowie für die Entsorgung von Schmutzwassergruben - Abwassergebührensatzung
3455/2012

10.4 Feststellung des Wirtschaftsplanes der Beihilfekasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2013
3298/2012

10.5 Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes für das Wirtschaftsjahr 2011 der Beihilfekasse
3386/2012

10.6 Ausschreibung Rahmenvertrag Catering mit Service im Rathaus
3352/2012

- 10.7 Einsatz von Fondmanagern für die Immobilienanlage bei der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln
3515/2012

I. Öffentlicher Teil

0 Vortrag zur Mitarbeiterzufriedenheit beim Call-Center Referenten: Herr Schmidt, Herr Dipl.-Psychologe Zimmermann-Höreth

Herr Granitzka bedankt sich für den Vortrag und spricht sein Lob für die vorgestellten Ergebnisse aus, die nicht ohne die hervorragende Arbeit der Vorgesetzten sowie die vorbildliche Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung unter den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hätten erreicht werden können.

Frau dos Santos Herrmann berichtet ergänzend, sie habe sich vor Kurzem ein Bild von der Arbeit des Call-Centers machen dürfen. Ihr Eindruck vor Ort könne die gezogene positive Bilanz nur bestätigen, insbesondere sei ihr die optimierte Raumaufteilung aufgefallen, die nicht zuletzt auch zu dem vorherrschenden guten Arbeitsklima beitrage.

Das vorliegende Untersuchungsergebnis verdiene vor allem vor dem Hintergrund des anstrengenden und fordernden Arbeitsfeldes besonderes Lob und Anerkennung.

Auf Nachfrage von Herrn Richter informiert Herr Schmidt, letztendlich sei die Annahme eines jeden Anrufes gewährleistet. Die zunächst verbleibenden 22 % der eingehenden Anrufe würden bei einem erneuten Anruf von einem Beschäftigten des Call-Centers entgegengenommen werden können.

Herr Perkhof fügt hinzu, für Fortbildungsmaßnahmen stünde insgesamt ein Gesamtetat in Höhe von 15.000 € jährlich zur Verfügung. Der Bedarf werde zum Einen über Angebote externer Träger abgedeckt. Zum Anderen fänden regelmäßig hausinterne von Mitarbeitern/-innen des Call-Centers geleitete Schulungen statt, in denen das vorhandene Wissen an neue Kolleginnen und Kollegen weitergegeben werde.

Auf weitere Rückfrage von Herrn Görzel ergänzt Herr Schmidt abschließend, der Krankenstand der Beschäftigten des Call-Centers unterscheide sich nicht von dem der restlichen Verwaltung.

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

- 1.1 Beantwortung einer gemeinsamen Anfrage der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen sowie einer ergänzenden Nachfrage von Frau Manderla vom 10.09.2012
Frauenförderpläne (FFP) in städtischen und stadtnahen Gesellschaften (AN/1534/2012)
3806/2012**

Der Ausschuss vertagt die Behandlung der Vorlage vor Eintritt in die Tagesordnung.

2 Internationales

Herr Wolf berichtet von dem Erfolg des in der Zeit vom 14. bis 16.09.2012 rund um den Roncalliplatz durchgeführten Chinafestes und ergänzt, ein ausführlicher schriftlicher Bericht werde dem Ausschuss nachgereicht.

Herr Wolf weist außerdem auf die am 04.11.2012 erneut gestartete Aktion "Buch für die Stadt" hin, an der dieses Jahr die palästinensische Autorin Sumaya Frahat-Naser und der aus der Kölner Partnerstadt Tel Aviv stammende Autor Assaf Gavron teilnehmen würden. Im Rahmen dieser Veranstaltungsreihe seien Schüler aus Frau Frahat-Nasers ehemaliger bei Bethlehem gelegener Schule Talitha Kumi sowie aus Tel Aviv zu Besuch in Köln. Zu diesem Anlass werde es am 08.11.2012 einen Empfang im Hansasaal des Rathauses geben, zu dem er die Mitglieder des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales herzlich einlade.

Herr Granitzka bedankt sich für die Ausführungen und berichtet ergänzend von einem am 10.11.2012 in Dortmund stattfindenden europäischen Kongress zu dem Thema "Kommunen in Europa", an dem sowohl er als auch Herr Wolf teilnehmen würden.

3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

3.1 Beantwortung einer Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 03.09.2012 zu "Flüchtlinge in Köln" 3699/2012

Herr Detjen schlägt die gemeinsame Behandlung der Vorlagen unter TOP 3.1, TOP 4.6 und TOP 4.9 vor.

Der Ausschuss ist einverstanden.

Herr Detjen berichtet anschließend von einer Diskussion in der letzten Sitzung des Sozialausschusses, bei der man einhellig der Meinung gewesen sei, dass aufgrund des deutlich gestiegenen Bedarfes an Flüchtlingsplätzen auch nach möglichst kurzfristig zu schaffenden Unterbringungsmöglichkeiten wie der Errichtung mobiler Notunterkünfte auf von der Stadt bereitgestellten Grundstücken zu suchen sei. Er ergänzt, das Flüchtlingsheim in Köln-Deutz stelle aufgrund der vorherrschenden Bedingungen keine dauerhafte Lösung dar und regt an, ggfs. auch Ostheim als neuen Standort in Betracht zu ziehen. Insbesondere da die Flüchtlingsproblematik bereits seit mehreren Jahren bekannt sei, müsse auf diesem Gebiet nun etwas geschehen.

Frau dos Santos Herrmann äußert ihre Zustimmung, sieht jedoch vor allem auch die Landesregierung in der Pflicht, hier Entlastungen für die Kommunen zu schaffen. Die Stadt Köln könne die bestehenden und zu erwartenden Lasten auf Dauer nicht alleine tragen.

Herr Schiele merkt an, es sei nicht zuletzt auch in der Verantwortung der Flüchtlinge selbst, die Auffangstellen in einem ordentlichen Zustand zu halten und ergänzt, es müsse ein Appell an die Landesregierung gerichtet werden, die Flüchtlingsaufnahmeverfahren deutlich zu beschleunigen.

Herr Kahlen verweist auf die Mitteilung unter TOP 4.9 und betont, der Handlungsbedarf sei klar formuliert; an einer Umsetzung der gesetzten Zielgrößen werde intensiv gearbeitet. Er ergänzt, das Bundesamt für Flüchtlinge und Migration habe bereits den Auftrag erhalten, das Verfahren zur Erfassung und Verteilung der Flüchtlinge auf die Kommunen zu optimieren. Unterstützend seien hier zudem Kräfte der Bundespolizei in diesen Bereich abgeordnet worden.

Herr Granitzka spricht im Namen des Ausschusses sein Lob an Frau Reker und ihre Mitarbeiter aus, die im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten hervorragende Arbeit geleistet und den Menschen in der Kürze der Zeit sachgerecht und persönlich geholfen hätten.

**3.2 Beantwortung einer Anfrage der FDP Fraktion vom 10.09.2012
Sachstand der Berichtsveröffentlichung "Sicherheitsgefühl der Kölner Bevölkerung" (AN/1415/2012)
3722/2012**

4 Mitteilungen der Verwaltung

**4.1 Beschluss des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales am 28.03.2011 und des Rates vom 15.05.2012
hier: Zusetzung von Einsatzkräften bei der Kölner Polizei
3194/2012**

Herr Granitzka bedankt sich für den Einsatz der Verwaltung, der nun zur Zusetzung von insgesamt 50 Einsatzkräften bei der Kölner Polizei geführt habe. Insbesondere vor dem Hintergrund der zu der in dieser Jahreszeit vermehrt auftretenden Zahl an Einbrüchen würden die primär im operativen Bereich eingesetzten Polizeibeamten/-innen helfen, die Stadt ein Stück weit sicherer zu machen.

**4.2 Konsolidierungsmaßnahmen Personal durch Verzicht auf die Ausbildung in marktgängigen Berufen und den Abbau von Overhead bei bürgerfernen Diensten
3188/2012**

Frau Manderla hinterfragt, ob es angesichts des vorliegenden Sachstands noch realistisch sei, an der im Rat beschlossenen Ausbildungsquote von 6 % festhalten zu wollen. Außerdem bedauere sie, dass in der Mitteilung nicht auf den Aspekt eines möglichen Aufgabenabbaus eingegangen worden sei und ergänzt, die Antwort der Verwaltung zur Größe und Ausstattung der Dezernatsbüros sei zudem nur wenig zufriedenstellend. Sie fordert die Verwaltung auf, sich mit den gesammelten Fragestellungen noch einmal zu befassen und bittet insbesondere hinsichtlich der ggfs. auf Dauer nicht mehr einzuhaltenden 6 %-Quote um eine Einschätzung der Verwaltung.

Herr Detjen mahnt, die Verwaltung würde zudem gegen einen Beschluss des Rates verstoßen, dem vermehrten Ausbildungsbedarf des Doppelabiturjahrgangs 2013 gerecht zu werden und hier ein größeres Angebot zu schaffen. Er kritisiert, die Ausbildungsquote konnte bereits im Vorjahr nicht eingehalten werden und weist im Zusammenhang mit der Ausbildung über Bedarf auf die Vorbildfunktion der Stadt gegenüber anderen Ausbildungsbetrieben hin.

Herr Detjen regt an, die Thematik erneut auf die Tagesordnung der nächsten regulären Sitzung des Ausschusses zu setzen und bittet in diesem Zusammenhang um Vorlage einer schriftlichen Darstellung der Ausbildungsentwicklung seit 2007 im Hinblick auf die Anzahl der Ausbildungen in den verschiedenen Verwaltungsbereichen sowie um parallele Darstellung der Mitarbeiterentwicklung in der Ausbildungsabteilung der Stadtverwaltung.

Frau von Bülow bittet um ergänzende Beantwortung, inwiefern die Verwaltung noch an den genannten Zielsetzungen festhalte bzw. eine Umsetzung überhaupt noch für möglich halte. Die Bedenken, dass das angestrebte Ausbildungsplatzangebot die vorhandene Nachfrage ggfs. deutlich übersteige, könne sie nicht teilen. Zudem bittet Sie um nähere Erläuterung, in welche Richtung die Überlegungen der Verwaltung hinsichtlich einer möglichen Einrichtung neuer Studiengänge gingen.

Herr Kahlen sichert dem Ausschuss die Vorlage einer zusammenfassenden schriftlichen

Beantwortung zur nächsten regulären Sitzung zu und bittet abschließend um Beachtung, dass die noch im Juni getroffene Aussage, die formulierten Zielsetzungen könnten voraussichtlich eingehalten werden, aufgrund strukturell veränderter Rahmenbedingungen leider korrigiert werden musste. So habe man insbesondere im Bereich der Berufsfeuerwehr aufgrund des veränderten Dienstzeitmodells mit einer deutlich höheren Fluktuation der Beschäftigten gerechnet, als letztendlich eingetreten sei. An der hier ursprünglich angestrebten Ausbildungsquote konnte daher nicht mehr festgehalten werden. Zudem habe das Ausbildungsangebot im Bereich der Erzieher/-innen leider nicht den erhofften Zuspruch gefunden.

**4.3 Verweis aus dem Rechnungsprüfungsausschuss vom 30.08.2012
Auswirkungen der Vergabeerleichterungen auf die Beschaffung von Bauleistungen und freiberuflichen Leistungen bei den Bauvorhaben des Bundes anlässlich der Umsetzung des Konjunkturpaketes II
2270/2012**

Die Mitteilung wurde zur Sitzung umgedruckt und verteilt. Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Auf Rückfrage von Frau dos Santos Herrmann zu den in Köln abweichenden und durchaus positiven Erfahrungen anlässlich der Umsetzung des Konjunkturpaketes II weist Herr Kahlen auf eine zur nächsten Sitzung des Ausschusses vorgesehene Vorlage der Verwaltung hin, die auch diese Fragestellung aufgreife.

**4.4 Sachstandsbericht zur Kommunalisierung der Versorgungsverwaltung
2658/2012**

**4.5 StadtLabor für Kunst im öffentlichen Raum
hier: Der Urbane Kongress (Teil 2): Die Umsetzung
2663/2012**

**4.6 Aktuelle Informationen zum Bleiberecht- September 2012
3611/2012**

Die Mitteilung wurde zusammen mit TOP 4.9 unter TOP 3.1 behandelt und zur Kenntnis genommen.

**4.7 Heinrich-Böll-Platz; Kunstwerk Ma'alot
3540/2012**

Frau Möller begrüßt die anstehenden Sanierungsarbeiten, äußert jedoch Bedenken, inwiefern diese von langer Dauer sein können, wenn das Befahren des Platzes weiterhin uneingeschränkt möglich ist.

Frau von Bülow erinnert ergänzend an eine Mitteilung der Verwaltung in der vergangenen Sitzung zu dieser Problematik und fragt, für wann mit einer Beantwortung der offenen Fragen hinsichtlich einer möglichen Absperrung des Roncalli- und Heinrich-Böll-Platzes mittels einer Polleranlage bzw. entsprechender Alternativen zu rechnen sei.

Auf weitere Rückfrage von Herrn Thelen weist Herr Kahlen auf die zentrale Thematik der zu

gewährleistenden Anlieferungsmöglichkeit für die Gastronomie des Museums Ludwig hin. Diese Problematik sei Teil der Verhandlungsgespräche, die die Verwaltung hier weiterhin intensiv mit den beteiligten Akteuren zur Erarbeitung eines Ausnahmebefahrungskonzeptes führe. Hinsichtlich der Vorlage eines Ergebnisses könne zwar noch kein genauer Zeitpunkt genannt werden, jedoch könne er versichern, dass die Verwaltung an der Thematik weiterhin mit Hochdruck arbeite.

**4.8 Erprobungsraum Rheinland für innovative, vernetzte Verwaltung
3800/2012**

**4.9 Unterbringungssituation von Flüchtlingen in Köln
3788/2012**

Die Mitteilung wurde zusammen mit TOP 4.6 unter TOP 3.1 behandelt und zur Kenntnis genommen

5 Allgemeine Verwaltungsorganisation

**5.1 Kompetenzzentrum Geschäftsprozessoptimierung - Sachstandsbericht für Projekte
2797/2012**

**5.2 Kompetenzzentrum Geschäftsprozessoptimierung – Bericht 2012
3730/2012**

6 Schriftliche Anfragen

**6.1 Anfrage der FDP-Fraktion vom 04.09.2012
Illegale Nutzung städtischer Flächen
AN/1498/2012**

**6.1.1 Beantwortung einer Anfrage der FDP-Fraktion vom 04.09.2012
Illegale Nutzungen städt. Flächen - AN 1498/2012
3789/2012**

Die Mitteilung wurde zur Sitzung umgedruckt und verteilt. Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Auf Rückfrage von Herrn Görzel informiert Herr Lorenz über die inzwischen von der GAG vorliegende Rückmeldung, wonach dort keine illegalen Nutzungen bekannt seien.

**6.2 Anfrage der CDU-Fraktion vom 10.10.2012
Anordnung von Betriebsferien für die Zeit zwischen Weihnachten und Silvester
AN/1622/2012**

**6.2.1 Beantwortung einer Anfrage der CDU-Fraktion vom 10.10.2012
Anordnung von Betriebsferien für die Zeit zwischen Weihnachten und Silvester
3681/2012**

Die Mitteilung wurde zur Sitzung umgedruckt und verteilt. Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Auf Rückfrage von Frau Manderla erläutert Herr Kahlen, die Möglichkeit der Einrichtung eines Heimarbeitsplatzes während der Betriebsferien sei vor dem Hintergrund des angestrebten Spareffektes nicht vorgesehen.

Er versichert, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung entstünden durch die Anordnung der Betriebsferien keinerlei Nachteile und ergänzt, die ausgefallene Arbeitszeit könnte z.B. durch den Einsatz von Überstunden abgedeckt oder auch nachgearbeitet werden.

**6.3 Anfrage der CDU-Fraktion vom 10.10.2012
Schutz der städtischen Bediensteten vor Übergriffen
AN/1623/2012**

**6.3.1 Beantwortung einer Anfrage der CDU-Fraktion vom 10.10.2012
Schutz der städtischen Bediensteten vor Übergriffen
3694/2012**

7 Mündliche Anfragen

**7.1 Mündliche Nachfrage von Herrn Klein zu einer Autogrammstunde der
Boygroup "One Direction" auf dem Gelände des Köln Mediapark GmbH am
22.09.2012**

Auf Nachfrage von Herrn Klein zu den Pressemitteilungen rund um eine Autogrammstunde der Boygroup "One Direction" am 22.09.2012 auf dem Gelände der Köln Mediapark GmbH bestätigt Herr Kilp, dass hier im Vorfeld eine Anmeldung des Veranstalters vorlag.

Er ergänzt, auf dem 8000 qm großen Privatgelände, das zudem aufgrund der von diesem sternförmig abgehenden breiten Wege über ausreichend Entfluchtungsmöglichkeiten verfüge, haben in der Vergangenheit bereits zahlreiche Veranstaltungen mit bis zu 10.000 Besuchern stattgefunden. Neben Anlässen wie dem Weltjugendtag oder auch dem Public-Viewing zum Confederation-Cup im Jahre 2005 als Vorbereitung zur Fußball-WM wurden schon Autogrammstunden und Konzerte weitaus bekannterer Boygroups und Acts erfolgreich und problemlos durchgeführt. Aufgrund dieser Erfahrungen sowie den Gegebenheiten vor Ort habe man im Rahmen eines im Vorfeld stattgefundenen Anhörverfahrens mit Polizei, Bauaufsichtsamt und Feuerwehr gegen die Autogrammstunde keine Bedenken gehabt.

Herr Kilp erläutert weiterhin, am frühen Morgen habe sich eine deutliche Überschreitung der kalkulierten Besucherzahlen abgezeichnet, da gegen 7.30 Uhr bereits 1700 Jugendliche anwesend waren. Nach Information der beteiligten Behörden und Ämter habe man umgehend eine Lenkungsgruppe zur Steuerung der notwendigen Maßnahmen eingerichtet. Nach erfolgter Umsetzung der Maßnahmen fand die Autogrammstunde gegen 16.00 Uhr in einer deutlich entspannten Atmosphäre statt.

Er fügt hinzu, durch die an diesem Tag eingesetzten 43 Mitarbeiter/-innen des Ordnungsamtes und 40 Feuerwehrbeamte sei ein finanzieller Aufwand von 21.741,41 € entstanden. Da das Personal überwiegend aus anderen Einsatzbereichen abgezogen wurde,

muß noch dieser Betrag in Bezug auf die an diesem Tag nicht durchführbaren anderen Dienstgeschäften verrechnet werden.

Abschließend weist Herr Kilp darauf hin, bei den 68 Einsätzen des Sanitätsdienstes handelte es sich überwiegend um Einsätze zur Behandlung von Kreislaufproblemen, die auf zu geringe Wasserzufuhr und die Anspannung der Teenager in Erwartung der bevorstehenden Autogrammstunde zurückzuführen seien.

7.2 Rückfrage von Frau von Bülow zu den das Dezernat I betreffenden Auswirkungen der von der Kämmerin ausgesprochenen Haushaltssperre

Frau von Bülow bittet vor dem Hintergrund der von der Kämmerin ausgesprochenen Haushaltssperre um Erläuterung der Auswirkungen hinsichtlich der Ausgaben und Aufwendungen im Bereich des Dezernates I.

Herr Granitzka schlägt vor, diesen Aspekt zusammen mit anderen offenen Fragen in der nächsten Sitzung des Finanzausschusses am 12.11.2012 erneut aufzurufen und dort zur Diskussion zu stellen.

Der Ausschuss ist einverstanden.

8 Anträge

9 Platzvergaben

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Errichtung einer dreizügigen Sekundarschule Rochusstraße in Köln-Bickendorf zum Schuljahr 2013/14 0921/2012

10.2 Verweis aus dem Rat vom 20.09.2012 Konzept zur Entwicklung eines nachhaltigen Toilettenangebotes im Kölner Stadtgebiet sowie Umsetzung erster Maßnahmen bis zum 31.12.2014 2665/2012

10.3 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB) Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage sowie für die Entsorgung von Schmutzwassergruben - Abwassergebührensatzung 3455/2012

Herr Granitzka bedankt sich bei der Geschäftsführung der Städtischen Entwässerungsbetriebe, dass hier keine Erhöhung der Gebühren vorgenommen wurde.

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme folgenden Beschlussvorschlages:

Der Rat der Stadt Köln

- nimmt die Gebührenbedarfsrechnung für das Jahr 2013 (Anlage 2) zustimmend zur Kenntnis.
- stimmt gemäß § 7 Abs. 2 der StEB-Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage sowie für die Entsorgung von Schmutzwassergruben – Abwassergebührensatzung – in der zu diesem Beschluss beigefügten Fassung zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**10.4 Feststellung des Wirtschaftsplanes der Beihilfekasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2013
3298/2012**

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme folgenden Beschlussvorschlages:

Der Rat stellt gemäß § 15 der Satzung der Beihilfekasse der Stadt Köln in Verbindung mit § 97 Absatz 4 GO NRW den Wirtschaftsplan 2013 (Anlage 1) fest.

Gleichzeitig beschließt der Rat für das Wirtschaftsjahr 2013 die Finanzierung mit einem Umlagesatz von

7,60 % für Beihilfen Beamte/Beamtinnen (Vorjahr 8,07 %)

0,09 % für Pflegeversicherung Beamte/Beamtinnen (Vorjahr 0,08 %)

0,12 % für Beihilfen Beschäftigte (Vorjahr 0,12 %)

der Dienstbezüge (ohne Mehrarbeits-/Überstundenvergütung, ZVK-Umlagen, Sozialversicherung, Jahressonderzahlung)

und einem Gesamtbetrag von 21.309.396 Euro (Vorjahr 19.953.785 Euro) für Beihilfen an Versorgungsempfänger/Versorgungsempfängerinnen.

Die Beihilfekasse wird ermächtigt, zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben Kassenkredite bis zum Höchstbetrag von 2.500.000 Euro in Anspruch zu nehmen, sofern die Stadt Köln keine Akontozahlung zur Beseitigung bestehender Liquiditätsprobleme leistet.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**10.5 Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes für das Wirtschaftsjahr 2011 der Beihilfekasse
3386/2012**

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme folgenden Beschlussvorschlages:

Der Rat stellt den Jahresabschluss und den Lagebericht der Beihilfekasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2011 fest und entlastet den Kassenleiter.

Der Jahresüberschuss 2011 wird zum Ausgleich der in den Vorjahren erzielten Jahresfehlbeträge herangezogen.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**10.6 Ausschreibung Rahmenvertrag Catering mit Service im Rathaus
3352/2012**

Auf Rückfrage von Frau Möller informiert Herr Mohr, bei den in der Stellungnahme des Rechnungsprüfungsamtes erwähnten Hinweisen zur vorherigen Ausschreibung habe es sich vor allem um solche zur Erstellung des Leistungsverzeichnisses bzw. Abwicklung der Ausschreibung gehandelt. Er ergänzt, diese seien eher förmlicher als inhaltlicher Natur gewesen.

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme folgenden Beschlussvorschlages:

Der AVR/Vergabe/Internationales stimmt der Durchführung einer nationalen öffentlichen Ausschreibung zum Abschluss eines Rahmenvertrages für Catering in den Rathäusern zu. Er verzichtet darauf, einen Vergabevorbehalt auszusprechen.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**10.7 Einsatz von Fondmanagern für die Immobilienanlage bei der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln
3515/2012**

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales verweist die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

gez. Granitzka
Vorsitzender

gez. Stiens
Schriftführerin